

auf den Markt kommt. Die überfällige Publikation der Łództer Chronik liegt offensichtlich in den richtigen Händen.

Mainz

Hans-Christian Petersen

* Diese Rezension erschien auch in: sehpunkte (www.sehpunkte.de).

Andrzej Garlicki: Karuzela. Rzecz o Okrągłym Stole. [Karussell. Ein Traktat über den Runden Tisch.] Verlag Czytelnik. Warszawa 2004. 376 S.

Der Prozeß des Machtverlusts der Kommunisten in Polen im Jahr 1989 wird von den Historikern unterschiedlich bewertet. Für den Autor des hier besprochenen Bandes war der polnische „Runde Tisch“ ein „weltweit einmaliges Phänomen“, weil er es ermöglicht habe, ohne Blutvergießen von der kommunistischen Diktatur zu einer Demokratie überzugehen (S. 362). Dabei begaben sich mit der Entscheidung zu Gesprächen sowohl die Regierenden als auch die Opposition auf eine Fahrt, die gefährlich und deren Ausgang ungewiß war (aus diesem Grunde die Verwendung der – m.E. nicht ganz geglückten – Metapher des Karussells im Titel des Buches). Der Autor hat sich als Ziel gesetzt, die Denkprozesse aufzuzeigen, die bei den kommunistischen und den oppositionellen Eliten stattgefunden und die letztendlich Gespräche der einstigen Gegner ermöglicht haben (S. 361). Dabei stützt sich Andrzej Garlicki – neben den schon publizierten Quellen – auf die Bestände des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und des Innenministeriums wie auch auf die Nachlässe von Jerzy Urban, Regierungssprecher in den 1980er Jahren, und Wiesław Górnicki, einem damaligen Berater Jaruzelskis.

Die eingangs formulierte These und das selbstgesteckte Ziel des Autors wurden nur teilweise belegt bzw. erfüllt. Die Arbeit konzentriert sich zum großen Teil auf die Darstellung der Überlegungen der staatlichen Seite im Zeitraum vom Ende 1986 bis Anfang 1989, wobei auf langen Strecken dem Leser wenig mehr als Zusammenfassungen der vom Autor gesichteten Dokumente geboten werden. Auch die These von der weltweiten Einmaligkeit des „Runden Tisches“ und der Ungewißheit des Ausganges der Gespräche läßt sich schwer begründen, wenn man einerseits die vergleichbar friedlich verlaufenden Transformationen in anderen Ländern (z.B. in der Tschechoslowakei oder in Ungarn), andererseits die klar formulierten Vorabsprachen zwischen den beiden Gesprächsseiten in Polen in bezug auf die zentralen Machtpositionen (Jaruzelski als zukünftiger Staatspräsident, Beibehaltung der wichtigsten Ressorts durch die Kommunisten) vor Augen hat.

Die Bedeutung des Bandes liegt m.E. in der Auswertung der oben erwähnten und der Forschung bisher unbekannten Lagebeurteilungen der Regierungs- bzw. Parteikreise aus der Zeit vor dem „Runden Tisch“ (z.B. vom Januar 1988, S. 81, oder vom Dezember des gleichen Jahres, S. 189 f.), die ein Beweis dafür sind, daß die kommunistischen Machthaber ihren Einfluß im Parteiapparat und in der Bevölkerung richtig eingeschätzt haben.

Berlin – Frankfurt/Oder

Bernard Wiaderny

Joachim von Puttkamer: Schulalltag und nationale Integration in Ungarn. Slowaken, Rumänen und Siebenbürger Sachsen in der Auseinandersetzung mit der ungarischen Staatsidee 1867-1914. (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 115.) R. Oldenbourg Verlag. München 2003. 531 S., Kte. (€ 64,80.)

Welche Rolle spielte die Schule für die Konstruktion der Nation? Welche Funktionen waren ihr in dem multinationalen ungarischen Staat nach 1867 zugeordnet, unter welchen Voraussetzungen konnte sie an deren Realisierung gehen, und welche Wirkung erzielte sie tatsächlich, insbesondere in den von Slowaken, Siebenbürger Sachsen und Rumänen bewohnten Gebieten? Diesen Fragen geht Joachim von Puttkamer in seiner vorliegenden Monographie nach. Damit greift er ein Problem auf, das angesichts der fortdauernden Debatten um den Charakter der ungarischen Nationalitätenpolitik während des Dualismus,

um Intentionalität oder Spontaneität sprachlicher Assimilation von Angehörigen der Nationalitäten, um Maß und Erfolg einer der staatlichen Politik wie lokalen Größen und Fachbehörden gleichermaßen zugeschriebenen Magyarisierungspolitik, eine theoretische und methodische Herausforderung bedeutet. Der Vf. hat sich dieses Problems mit großer Umsicht angenommen und es in bewundernswerter Komplexität und dennoch höchst lesbarer Form abgehandelt.

Das Werk ist in sieben Kapitel gegliedert. Im ersten gibt P. eine theoretische und historische Einführung in den Problemkreis „Nationalstaatliche Schulpolitik in einem vielsprachigen Umfeld“ (S. 15-69). Im zweiten beschäftigt er sich mit der Organisation der Schulen, Strategien ihrer Modernisierung, deren wachsender nationalpolitischer Akzentuierung, wie sie besonders die Lex Apponyi von 1907 markierte, und dem Ergebnis dieser Politik auf dem Gebiet des Volksschulwesens bzw., gleichermaßen regional und nationalitätenspezifisch differenziert, in den Mittelschulen (S. 70-186). In Kap. 3 wird grundsätzlich auf das wohl am stärksten umstrittene und auch in der historiographischen Aufarbeitung von Polemik geprägte Problem, auf „Staatsprache und Mehrsprachigkeit“, eingegangen (S. 187-252). Das vierte Kap. ist mit der Vermittlung der ungarischen Nationsidee und ihrer rechtlichen Fixierung im Unterricht und der Darstellung von Gründungsmythen der Nationen in Lehrbüchern im Laufe des Untersuchungszeitraums gewidmet (S. 252-395); anschließend fragt der Vf., wie die „Inszenierung der Nation“ in Schulfesten erfolgte (S. 396-417), ehe er in Kap. 6 als weitere Facette dieses Schulalltags untersucht, welchen Konflikten sich nichtmagyarische Schüler ausgesetzt sahen und wie sie relativ selbständig im spezifischen Rahmen von Selbstbildungszirkeln Modelle der Nation einübten (S. 418-445). Im siebten Abschnitt zieht P. schließlich eine „Bilanz“ zu „Schulen in Ungarn 1867-1914“ (S. 446-454). Verzeichnisse von Abkürzungen, Tabellen und Karten, Quellen und Literatur sowie mehrsprachige Register zu Ortsnamen und Komitaten und ein ausführliches Personenregister ergänzen den Band.

Ein wesentliches Ergebnis der vorliegenden Untersuchung ist bereits die genaue Beschreibung der Ziele, die vom Staat wie auch von anderen Akteuren in der Entwicklung des Schulwesens insgesamt und speziell in den von nichtmagyarischen Nationalitäten bewohnten Regionen Ungarns verfolgt wurden, die Analyse der divergierenden lokalen und regionalen Voraussetzungen dieses Projekts, der Konzepte und der Handlungsvoraussetzungen, mit denen sich Vertreter der Nationalitäten mit diesen Erwartungen auseinandersetzten, und der Entwicklungen, die sich auf beiden Seiten dabei vollzogen. Als Ergebnis dieser in die strukturelle Modernisierung des Schulwesens eingebundenen nationalen Integrationsstrategie kann bilanziert werden: Hinsichtlich Schulbesuch und Alphabetisierung hatten sich die Verhältnisse seit 1867 in den weiterhin in der Hand der Kirchen verbliebenen Schulen wesentlich verbessert. Die Mittelschulen waren sogar über die zeitgenössischen Bedürfnisse hinaus ausgebaut. Die ungarische Sprache konnte überall im Lande Zugewinne verzeichnen, die systematische Kontrolle von Schulbüchern und die Ausbildung von Lehrern sorgten dafür, daß die ungarische Staatsidee im Unterricht vermittelt wurde und konkurrierende Ideen wenig Einfluß erlangen konnten. Eine zunehmend dichte Folge nationaler Feste und Gedenktage machte die Schulen zusätzlich zu Vermittlern politischer Wertvorstellungen. Eine Abkehr von einem tolerant gehandhabten Konzept einer politischen Staatsnation hin zur Idee einer magyarisch geprägten Kulturnation läßt sich an den Schulen mit gewisser Verzögerung ab Mitte der 1880er Jahre beobachten. Allerdings konstatiert P., „daß die Tendenz zur Magyarisierung zu keiner Zeit zu einer Abkehr von der liberalen Idee individueller, bürgerlicher Gleichberechtigung innerhalb der ungarischen politischen Nation führte“. Die „Spannung zwischen politischer Nation und ethnischer Vielfalt in der Schule“ blieb dabei auf die Dauer ungelöst (S. 448 f.). Die Idee der Staatsnation blieb jedoch „Denkmuster und Identifikationsangebot“ – zunehmend im Sinne einer „der ethnischen Herkunft des Einzelnen gegenüber indifferenten, kulturell jedoch eindeutig magyarisch geprägten Nation“ (S. 450).

Die Umsetzung dieses Konzepts wies deutliche regionale Unterschiede auf. Gegenüber der nationalslowakischen Politik z.B. wurde in den siebziger Jahren des 19. Jh.s energisch vorgegangen, mit dem Ergebnis, daß die slowakische Nationalbewegung in der Folgezeit auf einen engen Personenkreis beschränkt blieb. Die Einbindung der Slowaken in zwei rivalisierende Kirchen, die römisch-katholische und die evangelische, in denen sie wiederum entweder eine Minderheit ausmachten oder kaum in die Führungsschichten vorgezogen waren, gab ihren kulturellen Zielen zudem auch in der Schule wenig Gewicht – anders als bei den Sachsen, aber auch den Rumänen Siebenbürgens. Der historische Gründungsmythos vom Großmährischen Reich ließ sich ebenfalls schlecht gegen magyarisches Hegemonieansprüche instrumentalisieren, sondern bot umgekehrt politische Angriffsfelder für den Panslawismusvorwurf. So ergriff eine Mehrzahl slowakischer Schüler – ähnlich wie die oberungarischen Deutschen oder die Juden – die Möglichkeiten, die ihnen die Akzeptanz der ungarischen Staatsidee und der Eingliederung in die ungarische Gesellschaft boten. Slowakisch wurde auf diesem Wege „in die ländliche und private Sphäre“ zurückgedrängt.

Insgesamt „zahlte die ungarische Regierung für ihre Schulpolitik, welche die Bewältigung struktureller Probleme vor allem des Volksschulwesens mit nationalen Themen überlagerte, einen hohen Preis“. (S. 453) Diese Politik bzw. der Widerspruch, den sie auf Seiten der nationalpolitischen Aktivisten der Nationalitäten auslöste, prägte ein negatives Bild Ungarns im Ausland und wurde, wie der Vf. abschließend vorausdeutet, in künftigen Krisen zu einer schwerwiegenden Belastung für den inneren Zusammenhalt, ja den Bestand des Landes innerhalb seiner historischen Grenzen.

Der Vf., der eingangs den Anspruch abwehrt, ein „durchgängig vollständiges Gesamtbild“ liefern zu wollen (S. 69), hat dennoch eine Untersuchung vorgelegt, die auch bei Beachtung der methodisch bedingten Grenzen eines solchen Unterfangens für etliche Zeit das Standardwerk zu dem aufgeworfenen Problem bleiben dürfte.

Berlin

Juliane Brandt

* Diese Rezension erschien auch in: sehpunkte (www.sehpunkte.de).

Anzeige

Günther Prinzing: Zaginiony – Odnaleziony – Ukryty. O pochodzeniu, znaczeniu i losie najstarszego Ewangeliarza dawnego ormiańsko-unijnego biskupstwa we Lwowie. [Vermißt – wiedergefunden – versteckt. Zu Ursprung, Bedeutung und Schicksal des ältesten Evangeliums der ehemaligen armenisch-unierten Diözese in Lemberg.] (Xenia Posnaniensia, Bd. 19.) Wydawnictwo VIS. Poznań 2004. 36 S., s/w Abb. – Der Autor schildert in seinem hier abgedruckten Posener Vortrag die aufregende Wiederentdeckung einer liturgischen Handschrift, die zu den herausragenden Zeugnissen der armenischen Buchkunst des Mittelalters zählt. Übersichtlich wird das aktuelle Wissen resümiert: Der Kodex, dessen Werdegang z.T. an den Kolophonen abgelesen werden kann, entstand im Kloster Skevra in Kilikien, und zwar im Kontext der Krönung des Fürsten Leon II. 1198 (an der auch der Erzbischof von Mainz, Konrad I. von Wittelsbach, als Repräsentant des Papstes Innozenz III. teilnahm). Verkauf führte die Hs. im 15. Jh. in den von Armeniern längst besiedelten galizisch-podolischen Raum; 1592 ist sie in Privatbesitz in Lwów/Lemberg nachzuweisen. Im Zuge der Kriegereignisse des Zweiten Weltkriegs in die Benediktinerabtei nach Tyniec verbracht, gelangte der Kodex 1985 über die Mittlerschaft Kardinal Glemp in das Kathedralarchiv in Gnesen. Dort hat sie der Vf. bei einem Besuch 1993 zufällig entdeckt und im folgenden der Öffentlichkeit auch durch eine Publikation (1997) zugänglich gemacht. Wenn sich von 51 armenischen Handschriften aus Lemberg 29 erhalten haben und davon wiederum 26 in Lemberg liegen (S. 30), dann wird die Bedeutung des hier gefundenen Exemplars deutlich.

Passau

Thomas Wunsch